

Forderungen an die Politik: Pflege zukunftsfähig gestalten

Präambel

Die Gesundheitswirtschaft hat eine erhebliche ökonomische Bedeutung für den Standort Deutschland. Die Bruttowertschöpfung lag 2023 bei knapp 435,5 Milliarden Euro. Das entspricht rund 11,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Gesundheitswirtschaft ist damit weiterhin eine Wachstumsbranche auf Expansionskurs. Eine Tatsache, die in der öffentlichen Diskussion jedoch zu wenig Beachtung findet.

In Deutschland sind 6 Mio. Menschen im Gesundheitswesen beschäftigt, davon stellen beruflich Pflegenden mit 1,8 Mio. die größte Berufsgruppe dar. Ende 2023 waren 5 Mio. Menschen pflegebedürftig im Sinne des SGB XI und wurden neben der professionellen Pflege von 8 Mio. An- und Zugehörigen versorgt. 2022 wurden 16,8 Mio. Krankenhausbehandlungen verzeichnet.

In Summe eine beachtliche Wählerschaft, die deutlich macht: Pflege geht uns alle an!

Der Bundesverband Pflegemanagement fordert daher:

1. Qualitätssteigerung der Gesundheitsversorgung

- **Anerkennung und Entwicklung der Pflegekompetenz:** Pflegefachpersonen müssen in ihren Fähigkeiten gestärkt und ihre Kompetenzen durch klare rechtliche Rahmenbedingungen anerkannt werden.
- **Übertragung der Heilkundeausübung:** Pflegefachpersonen sollen befähigt werden, definierte heilkundliche Tätigkeiten eigenverantwortlich auszuüben, um Versorgungslücken zu schließen und Rechtssicherheit zu bekommen.
- **Pflege-Outcome-Daten:** Es bedarf einer Einführung und verpflichtenden Nutzung von evidenzbasierten Daten zur Pflegequalität, um den Beitrag der Pflege messbar und nachweislich sichtbar zu machen.

2. Zukunftssicherung der Pflege

- **Attraktivität der Ausbildung steigern:** Die Pflegeausbildung muss durch gezielte bundesweite Investitionen, moderne Lehr- und Lernmethoden und angemessene Vergütung attraktiver gestaltet werden.
- **Entbürokratisierung:** Pflegefachpersonen müssen von unnötigem Verwaltungsaufwand entlastet werden, um sich auf die direkte Patientenversorgung konzentrieren zu können.
- **Vereinfachung der Fachkräfte-Einwanderung:** Bürokratische Hürden für die Einwanderung internationaler Pflegefachpersonen müssen abgebaut werden, um den Fachkräftemangel effektiv zu bekämpfen.
- **Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres:** Junge Menschen sollen durch ein soziales Jahr Einblick in soziale und pflegerische Berufe erhalten und zur gesellschaftlichen Solidarität beitragen.

3. Stabilisierung der Versorgungsstrukturen

- **Eigenes Leistungsrecht für die professionelle Pflege:** Pflegeleistungen müssen als eigenständiger Bestandteil im Gesundheitssystem anerkannt und gesetzlich verankert/ geregelt werden.
- **Auskömmliche Finanzierung aller Sektoren:** Alle Versorgungsbereiche – stationär, ambulant und häuslich – benötigen eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung.
- **Stärkung der beruflichen Vertretung und Selbstverwaltung der Pflege sowie ein stimmberechtigter Sitz im G-BA:** Berufliche Vertretung und Selbstverwaltung der Pflege müssen gefördert und gestärkt werden. Die Pflege benötigt daneben eine eigene Stimme im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA). Nur so kann die berufliche Pflege ihre Perspektive, Expertise und ihre Potentiale angemessen in die maßgeblichen Entscheidungs- und Verhandlungsprozesse zur Sicherstellung einer zukunftsfesten Versorgung einbringen.

Fazit

Trotz wiederholter Ankündigungen und Versprechen wurden diese grundlegenden Forderungen bislang nicht umgesetzt. Um den drängenden Herausforderungen der Pflege gerecht zu werden, fordern wir die Einsetzung eines Staatsministeriums für Pflege im Bundeskanzleramt. Dies garantiert eine übergreifende, strategische Koordination und gibt der Pflege die politische Gewichtung, die sie verdient.

Jetzt handeln – Pflege braucht politische Priorität!

Berlin, 04. Dezember 2024

Kontakt

Bundesverband Pflegemanagement e.V.
Moritz Ernst
Geschäftsführer
Tel. 030 44 03 76 93
moritz.ernst@bv-pflegemanagement.de
www.bv-pflegemanagement.de

Der **Bundesverband Pflegemanagement e.V.** ist eine aktive Interessenvertretung der Profession Pflege und insbesondere des Pflegemanagements in Politik und Öffentlichkeit. Der Verband ist bereits seit 1974 aktiv. Die heutige Struktur mit Bundesvorstand und Landesgruppen für einen maximalen Einfluss in Politik und Öffentlichkeit besteht seit 2005. Der Bundesverband Pflegemanagement ist Gründungsmitglied und aktives Mitglied des Deutschen Pflegerats. Durch seine Managementkompetenz, sein starkes Netzwerk und eine klare Organisationsstruktur wird der Verband heute als einer der Hauptansprechpartner unter den Pflegemanagement-Verbänden gehört und ist auf Bundes- wie Landesebene in die Gestaltung von Gesetzesvorlagen involviert und in Gremien engagiert. Vorstandsvorsitzende ist Sarah Lukuc.